

**Beschlussvorschläge
des Vorstandes und des Aufsichtsrates
an die ordentliche Hauptversammlung der
Autobank Aktiengesellschaft, Wien, FN 45280 p
am 11. Mai 2016**

Zu Punkt 1. der Tagesordnung:

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2015 samt Lagebericht, des Konzernabschlusses zum 31.12.2015 samt Konzernlagebericht und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts für das Geschäftsjahr 2015

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Beschlussfassung erforderlich.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015

Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015 die Entlastung zu erteilen.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung:

Wahl des Abschlussprüfers (Bankprüfers) für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2017

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, zum Abschlussprüfer, Konzernabschlussprüfer und Bankprüfer für das Geschäftsjahr 2017 zu bestellen.

Zu Punkt 5. der Tagesordnung:

Beschlussfassungen über die Erhöhung des Grundkapitals um EUR 166.166,-- durch Ausgabe von 166.166 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlagen unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre und die entsprechende Satzungsänderung in § 5 Abs 1

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen die folgende Beschlussfassung vor:

1. Das Grundkapital der Gesellschaft wird um EUR 166.166,-- durch Ausgabe von 166.166 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bareinlagen erhöht.
2. Die neuen Aktien werden zum Betrag von EUR 1,50,-- pro Aktie, sohin zu einem Ausgabebetrag von insgesamt EUR 249.249,--, ausgegeben. Der Ausgabebetrag ist in voller Höhe in bar auf ein Konto der Gesellschaft einzuzahlen.
3. Die neuen Aktien sind vom Beginn des bei Eintragung der Kapitalerhöhung in das Firmenbuch laufenden Geschäftsjahrs an gewinnberechtigt.
4. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Zur Zeichnung der 166.166 neuen Aktien wird ausschließlich die MvG Familienholding GmbH zugelassen.
5. Der Vorstand wird ermächtigt, weitere Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung festzusetzen.
6. Die Kosten der Kapitalerhöhung trägt die Gesellschaft.
7. Die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs 1 in der Weise geändert, dass dieser folgenden Wortlaut erhält:

„(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 11.043.651,00 (Euro elf Millionen dreiundvierzigtausendsechshunderteinundfünzig) und ist eingeteilt in 11.043.651 (elf Millionen dreiundvierzigtausendsechshunderteinundfünzig) Stück Stammaktien. Die Stammaktien sind Stückaktien ohne Nennbetrag und lauten auf Inhaber. Die Inhaberaktien der Gesellschaft werden in einer oder mehreren Sammelurkunden verbrieft. Die Sammelurkunde(n) sind bei einer Wertpapiersammelbank nach § 1 Abs 3 DepotG oder einer gleichwertigen ausländischen Einrichtung zu hinterlegen.“

Zur weiteren Begründung und Erläuterung des Beschlussvorschlags zu Punkt 5. der Tagesordnung wird auch auf den veröffentlichten Bericht des Vorstands gemäß § 153 Abs 4 AktG zum Ausschluss des Bezugsrechts in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung gegen Bar- verwiesen.

Hinweis: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Beschlussvorschläge beträgt das Grundkapital der Gesellschaft EUR 10.544.152,--. Derzeit ist vor dem Handelsgericht Wien eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anhängig.

Zu Punkt 6. der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den Widerruf der Ermächtigung des Vorstandes zur Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital) im unausgenützten Umfang verbunden mit der neuen Ermächtigung des Vorstandes zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG (genehmigtes Kapital) gegen Bar- und/oder Sacheinlage samt Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechts und die entsprechenden Satzungsänderungen.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen die folgende Beschlussfassung vor:

1. Die in der ordentlichen Hauptversammlung vom 23. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital bis zum 9. September 2019 um bis zu EUR 5.5021.576,-- durch Ausgabe von bis zu 5.021.576 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen – allenfalls in mehreren Tranchen – zu erhöhen und den Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen und die Ermächtigung des Vorstands allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten, wird im unausgenützten Ausmaß widerrufen und durch folgende Ermächtigung ersetzt:

Der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 5.438.742,00 durch Ausgabe von bis zu 5.438.742 Stück neuen auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, allenfalls in mehreren Tranchen zu erhöhen und den Ausgabebetrag, der nicht unter dem anteiligen

Betrag des Grundkapitals liegen darf, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen sowie allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und in Summe der rechnerisch auf die gegen Bareinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital der Gesellschaft die Grenze von 10% (zehn Prozent) des Grundkapitals der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung nicht übersteigt oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

2. Die Satzung wird in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs 5 in der Weise geändert, dass dieser folgenden Wortlaut erhält:

„(5) Der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 5.438.742,00 durch Ausgabe von bis zu 5.438.742 Stück neuen auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft, allenfalls in mehreren Tranchen zu erhöhen und den Ausgabebetrag, der nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen darf, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen sowie allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und in Summe der rechnerisch auf die gegen Bareinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien entfallende Anteil am Grundkapital der Gesellschaft die Grenze von 10% (zehn Prozent) des Grundkapitals der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung nicht übersteigt oder wenn die Kapital-

erhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“

Zur weiteren Begründung und Erläuterung des Beschlussvorschlags zu Punkt 6. der Tagesordnung wird auch auf den veröffentlichten Bericht des Vorstands gemäß §§ 170 Abs 2 iVm 153 Abs 4 AktG zur Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts in Zusammenhang mit der Ermächtigung des Vorstands zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG gegen Bar- oder Sacheinlagen verwiesen.

Hinweis: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Beschlussvorschläge beträgt das Grundkapital der Gesellschaft EUR 10.544.152,--. Derzeit ist vor dem Handelsgericht Wien eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital anhängig.